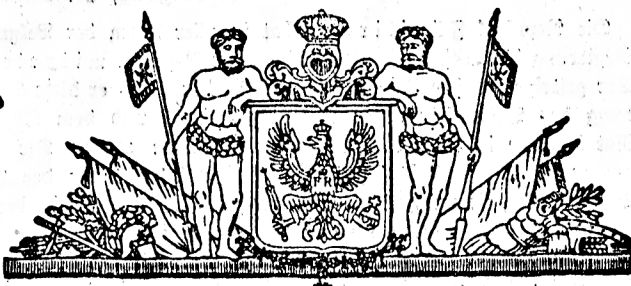


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Eingelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Vorantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

## Wirth über Oberschlesien und Völkerbund.

### Eine Frage des Weltfriedens und Weltgewissens.

Die Redaktion der „Vossischen Zeitung“ hat den Reichskanzler Dr. Wirth gebeten, seine Auffassung über die jüngste Phase, in die die oberschlesische Frage durch die Verweisung an den Völkerbundsrat getreten ist, zu äußern. Der Reichskanzler hatte diesem Wunsche in den folgenden Ausführungen entsprochen:

„Sie fragen mich, welchen Standpunkt die Reichsregierung zu der neuesten Wendung in der oberschlesischen Frage einnimmt. Ich will zunächst eine tatsächliche Feststellung machen:

Aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserem Geschäftsträger in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestlegung in Oberschlesien vertagt hat. Ueber die Befragung des Völkerbundsrats hat man uns Mitteilung nicht gemacht, so daß ich mir in diesem Punkte Zurückhaltung auferlegen muß, bis sich eine Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Beziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachtlichen Instanz erwachsen können.

Rückhaltlos dagegen kann ich mich über die oberschlesische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuesten Phase äußern. Die oberschlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rats zwar mit Kopfschütteln, aber mit Zuversicht erwartet. Wir hatten das Gefühl, daß der unanfechtbare Rechtsstandpunkt, auf den sich unser Anspruch auf Oberschlesien gründet, und die offene Politik, die die Reichsregierung vertritt, nicht ohne Einfluß in der Welt bleiben konnten. Wir durften hoffen, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Begittung Deutschlands auf Oberschlesien anerkannt werden wird, welche die Zuteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zur Notwendigkeit macht.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Magime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Reider würde die Entscheidung erneut vertagt und die oberschlesische Frage, die seit über 1 1/2 Jahren eine arbeitssame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertagung der Entscheidung mittelst, wird versichert, daß der Ausschub möglichst

kurz sein werde. Ich erkläre darin ein stilles Eingeständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das Schwerste verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Pein läßt, und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt. Wir schließen uns der Mahnung an die Oberschlesier, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, voll an und brauchen uns in dieser Beziehung weder etwas vorwerfen, noch uns zur Initiative treiben lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgegeben haben, durch keinerlei gewaltsame Handlung das klare Recht zu trüben, auf dem wir diesen geistespolitischen Kampf bisher geführt haben. Wir haben von allem Anfang darauf aufmerksam gemacht, daß die oberschlesische Frage keine rein deutsche Angelegenheit ist, in der leichtherzig gegen die Besiegten unter dem Motto: *vae victis* entschieden werden kann; wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich an Oberschlesien ein neuer großer Brand entzünden, wenn die Gewalt über die Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphieren würde.

Jetzt hat man von Europa an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert: der Weltfrieden und das Weltgewissen könnten eine ungerechte Lösung der oberschlesischen Frage nicht ertragen. Wenn diese beiden Begriffe Wert haben, wenn sie keine Scheinwerte sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand Oberschlesien stellt sich nicht als irgendeine Grenzfrage dar, sondern das Schicksal dieses Landes ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Aussehen des Völkerbundes, wie immer man auch über sein bisheriges Wirken denken mag, aufs innigste verknüpft. Keine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: Der Frieden ist besser als der Krieg, und man muß ihn mit allen Mitteln erhalten und in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten ist, und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als selbstgewählten Regierungen und unter anderen als eigenen Gesetzen zu leben. Zu dem Grundsatz, daß man Völker nicht wie Steine auf dem Schachbrette hin- und herschieben dürfe, bekennen sich alle Nationen. Bei diesen Prinzipien des Völkerbundes muß Oberschlesien deutsch bleiben, denn die Bevölkerung will es, wie die Abstammung beweisen hat. Nur wenn so das Selbstbestimmungsrecht sinngemäß und in vernünftiger Auslegung geachtet wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an den sehr schwierigen deutschen Ostgrenzen erhoffen; andernfalls würden neue Verwirrungen unabwendbar sein. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders fallen, als im deutschen Sinne.“

## Thüringer Wahlkampf.

Von Dr. W. S. Edwards. Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Jena, 14. August.

Die politischen und parlamentarischen Schwierigkeiten, mit denen die aus Demokraten und Sozialdemokraten seinerzeit gebildete Minderheitsregierung des neuen Staates Großthüringen in den wenigen Monaten ihres Bestehens zu kämpfen hatte, werden am besten durch die Tatsache illustriert, daß alle Parteien einstimmig den Beschluß faßten, diesen Landtag mit seinen erfahrenen Parteiverhältnissen und Unfähigkeit zur Mehrheitsbildung aufzulösen. Daß dieser Beschluß nicht in erster Linie eine Kampfansage an das erste großthüringische Kabinett darstellt, dessen führende Persönlichkeiten — der Demokrat Paulsen und der Republikaner v. Brandenstein — den neuen mitteldeutschen Staat aus der Taufe hoben, ging daraus hervor, daß man dieses Kabinett, das zurückgetreten war, und nicht etwa ein Geschäftministerium aus einer anderen Minderheitsgruppierung mit der Fortführung der Geschäfte bis zum Zusammentritt des am 11. September zu wählenden neuen Landtags betraute. Vor seinem Ende hat der Landtag mit dieser Regierung noch das Beamtenbesoldungsgesetz und das Notgesetz über die Neuorganisation der Landespolizei verabschiedet.

Der jetzt knapp vier Wochen vor der Wahl nur sehr langsam in Gang kommende Wahlkampf, der nur in wenigen Beziehungen — insbesondere in der Schärfe der Leitartikel der kleinen Presse — an die großen Wahlkämpfe im Reich und in Preußen erinnert, dreht sich weniger um die wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme des neuen Staates, mit denen sich in großzügiger Weise nur einige führende politische und geistige Persönlichkeiten des Landes beschäftigen, als um die Art der Erledigung von Fragen, die, geschichtlich gesehen, nur Augenblicksbedeutung besitzen, aber sich dafür desto besser für Wahlmanöver und Behandlung in Schlagworten eignen.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Reich hat den thüringischen Wahlrednern in der Form der bevorstehenden — aus agitatorischen Gründen schwarz in schwarz gemalten — Forderung einen willkommenen Programmpunkt dargeboten, der es allen Parteien ermöglicht, im Wettkampfen um die Gunst der ihnen am nächsten stehenden Wählerkreise Versprechungen ohne Zahl und Maß anzuhäufen. Jede Partei versichert den Schichten, auf deren Gefolgschaft sie den größten Wert legt, vor allem deren Interessen bei der Regelung der aus der Teuerung sich demnächst ergebenden Preis- und Besoldungsfragen vertreten zu wollen. Das Aufrollen des Lohn- und Besoldungsproblems im Wahlkampf ist lebhaft zu bedauern, da es in die noch im Ausbau befindlichen staatlichen und parlamentarischen Organisation des jungen Mittelstaates wiederum ein Moment der Beunruhigung hineinträgt, das durch die Erledigung des Beamtenbesoldungsgesetzes als für einige Zeit ausgeschaltet gelten konnte.

Nicht nur der Staatsorganismus selbst, sondern auch in dem Verhältnis von Stadt und Land trägt dieses unproduktive Wirtschaftsproblem, das nur entzweit, aber niemals eint, wie es auch gelöst werden mag, bedenkliche Ursachen neuer Zwietracht. Bei der Beurteilung der politischen Kämpfe und Gruppierungen in den meisten Teilen Thüringens, darf man nie aus den Augen lassen, daß der Parteikampf sich in diesem Teile Deutschlands als Folge der unverzeihlichen Fehler der Kriegswirtschaft noch viel stärker als in andern Landesteilen in einem Gegensatz von Stadt und Land ausdrückt. Aus den Zeiten der Kriegsernährungs- und Zwangswirtschaft hatten nicht nur bei dem thüringischen Kleinbauern, sondern auch bei allen auf dem Lande ansässigen gelernten und ungelerten Arbeitern, die die Landwirtschaft als Nebenberuf betreiben — den Holz- und Forstarbeitern — die Vorstellung, daß der Städter und seine Organe „dem Landmann“ alles das nehmen wollten, was er zur knapp ausreichenden Ernährung seiner Familie erarbeitete. Ungeschickte Handhabung des Beschlagnahme- und Hausdurchsuchungsrechtes durch die Landwirtschaft unfundige Kommisare aus den Städten hat viel böses Blut gemacht.

Das Preistreiben seitens der Kammerer, das zur Folge hatte, daß die zahlreichen, auf dem Lande wohnenden Arbeiter die Lebensmittel hinzukaufen mußten und diese außerordentlich verteuert wurden, während ihnen unter Hinweis auf ihren ländlichen Wohnsitz oder ihr Stückchen Gartenland die Löhne der städtischen Arbeiter nicht gezahlt wurden, hat in diesen Kreisen einen außerordentlichen Widerstand gegen eine weitere Steigerung des Nominallohnes der Städter hervorgerufen. Man befürchtet, daß eine Steigerung der Löhne und Gehälter in den Städten im Laufe des Herbstes angesichts der knappen Ernte und der ungünstigen Futtermittelverhältnisse abermals im Winter ein verhängnisvolles Preistreiben für Nahrungsmittel hervorrufen wird. Die Parteien der Rechten — Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Thürin-

## Die Aufhebung der Rheinzölle.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Köln, 17. August.

Angeichts der Vieldeutigkeit der Pariser Beschlüsse über die Aufhebung der Sanktionen hält man in Kölner Wirtschaftskreisen mit bestimmten Urteilen noch zurück. Immerhin lassen sich gewisse Entwicklungsphasen mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit voraussagen. Hinsichtlich der Einfuhr aus den Verbandsstaaten nach dem besetzten Gebiet unterscheidet man drei Perioden. Die erste würde bis zum 15. September dauern, dem Datum, an dem, wie angenommen wird, das Emser Ein- und Ausfuhramt seine Genehmigungstätigkeit, wie sie bisher geübt wurde, einstellen wird. In dieser ersten Periode erwartet man ein noch stärkeres Anschwellen des Einfuhrgeschäftes, in Ausnutzung der Emser Genehmigungsmöglichkeiten. Die zweite Periode würde sich bis zum 15. Dezember erstrecken, bis zu welchem Datum die bis zum 15. September erteilten Einfuhrbewilligungen des Emser Amtes längstens gelten, vorausgesetzt, daß die bisherige Gültigkeitsdauer der Einfuhrscheine von drei Monaten über den 15. September hinaus bestehen bleibt. Die Entscheidung der Frage, ob letzteres der Fall sein wird, ist ausschlaggebend für die zweite Periode. Hinsichtlich der dritten Etappe, der Tätigkeit des in Aussicht genommenen interalliierten Organismus nach dem 15. Dezember, tappt man noch im Dunkeln. Da im amtlichen Text nur von einer „Ueberwachung“ der Ausgabe von Einfuhrerlaubnissen gesprochen wird, könnte man annehmen, daß die neue Behörde sich darauf beschränken wird, eingehende Anträge und die Erteilung der Genehmigungen zu kontrollieren. Das würde letzten Endes auf eine Art statistischen Büros hinauskommen. Tatsächlich beabsichtigen die Verbandsbehörden schon seit einiger Zeit, in Koblenz eine derartige Einrichtung zu schaffen. Die wirtschaftlichen Kreise sind aber in diesem Punkte überwiegend skeptisch und glauben nicht, daß der Verband auf das Mitbestimmungsrecht in der einen oder anderen Form auf Erteilung der Einfuhrgenehmigung verzichten wird, so daß materiell der bisherige Zustand nicht grundlegend geändert würde. Ueber diesen wichtigen Punkt bleibt weitere Aufklärung abzuwarten.

Eine zweite, äußerst heikle Hauptfrage ist die, was mit den importierten Warenmassen geschehen soll, die jetzt schon im Rheinlande aufgestapelt sind und die sich, wie oben erwähnt, demnächst noch wesentlich vermehren dürften. Ihre Ausfuhr ins unbefestete Gebiet verhindert bis jetzt die Auffangorganisation der deutschen Regierung. Wird diese fallen müssen? Sicher wird in diesem Punkte der stärkste Druck verübt werden — nicht nur vom Verband. Auch heimische Firmen haben sich stark übernommen. Der Schwamm ist übermüht gesogen. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus müßte man seine Auspressung ins unbefestete Gebiet verhindern. Es wird aber auch die Ansicht vertreten, daß die deutsche Regierung Verhandlungen hierüber jedenfalls nicht ablehnen darf.

## Völkerbundsrat in Paris?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Paris, 17. August.

Ueber das Datum des Zusammentritts des Völkerbundsrates verlautet auch heute noch nichts Bestimmtes. „Recht Journal“ glaubt zu wissen, daß die Tagung doch in Paris abgehalten werden wird. Der Vertreter Frankreichs Bourgeois ist von seinem Sommeraufenthalt in Evian am Genfer See nach Paris zurückgekehrt. Auch mehrere andere Mitglieder des Rats befinden sich gegenwärtig in Paris. Außerdem liegen hier die ganzen Akten der oberschlesischen Frage, die den Beratungen des Völkerbundes als Grundlage dienen sollen.

## Vormarsch der Griechen.

m Athen, 17. August.

Nach dem amtlichen Heeresbericht über die militärische Lage am 14. August ist die griechische Armee in der Richtung auf Angora weiter vorgedrückt und hat nach schwachem Widerstand des Feindes 70 Kilometer östlich von Eskishehir eine Linie von Mandra (am Salaria-Fluß) nach Kaifasliopru (am Pur-sal-Fluß) besetzt.